



RUNDBRIEF ZIMBABWE NETZWERK

Nr. 48, April 2006

Zimbabwe und die Menschenrechte

- Ratschlag und Menschenrechtsaktion
- WOZA Frauen in Aktion und Interview
- Migranten aus Zimbabwe
- Medien, Demokratie und Information (s. Peta und W. Mbangi)
- Berichte und Rezensionen



...sten vom Tag der ...

Zimbabwe IM FOKUS



Nr. 73, Juni 2022

40 JAHRE ZIMBABWE NETZWERK

Zimbabwe
IM FOKUS

Nr. 67, Oktober 2018



JUGEND BLICKT IN UNGEWISSE ZUKUNFT



VERLUST DER HOFFNUNG AUF EHRICHE WÄHLEN
CHANCEN FÜR DIE JUGEND DURCH LANDREFORM?
ZIMBABWE NETZWERK AUF SUCHE NACH NEUEN WEGEN

RUNDBRIEF ZIMBABWE NETZWERK



Schwerpunktthema:
Nachhaltige Hilfe? Entwicklungszusammenarbeit mit Zimbabwe
außerdem in diesem Heft:
+++ Begegnung zwischen zimbabwischen und deutschen Frauen +++ sanfter Tourismus +++ Besuch einer zimbabwischen Partnerschule +++ Bericht der Geschäftsstelle +++ Rezensionen +++ Hinweise
Nr. 28, Oktober 1994

ZIMBABWE NETZWERK



Nr. 1 Mai/Juni 83

RUNDBRIEF

NACHWAHLEN: NEUE HOFFNUNG FÜR DEMOKRATISCHE OPPOSITION?
GUKURAHUNDI: CHANCEN FÜR EINE ERINNERUNGSKULTUR?
SOLIDARITÄT: BERICHTE AUS PROJEKTKOOPERATIONEN

INHALT

EDITORIAL

Roland Fett 2

ZN INTERN

Einladung

40 Jahre Zimbabwe Netzwerk 4

Bernward Causemann

Simbabwe-Solidarität – Rückblick nach vorn 6

THEMEN

Heidi Hesse

Reiseimpressionen im Frühjahr 2022 9

Hajo Zeeb

Der Ukraine-Krieg und Zimbabwe 10

Wolfgang Herzog

Kein „Erdrutsch“-Sieg der Opposition in Zimbabwe – doch ein bemerkenswerter Erfolg 12

Brian Raftopoulos

Herausforderungen für die demokratische Opposition 13

Hajo Zeeb

Zimbabwe – Corona Update 17

Wolfgang Herzog

Schlechte Aussichten im Erntejahr 2021/2022 18

Anton Mlynczak

Chinesische Investitionen in die Grundstoffindustrie in Simbabwe 20

Roland Fett / Yemurai Gwatorisa

Gukurahundi – Der Kampf um die Erinnerungskultur 22

KULTUR / REZENSIONEN

Dirk von Nayhauß

Tsitsi Dangarembga: Humor und Hoffnung sind enge Verwandte 25

Rita Schäfer

Geraubte Chancen und politische Vereinnahmung: Jugend in Zimbabwe ... 27

Das InterKontinental

Verlagsprogramm 28

BERICHT

Anna Mutandi

Bericht aus der Diaspora – Germany Zimbabwe Forum 29

PROJEKTE

Heidi Hesse

Nkululeko zurück an ZIMFEP 31

Bruni Römer

Gewerkschaften der Lehrkräfte für Wahrung der Kinderrechte in Zimbabwe 32

Deutsch-Simbabwische Gesellschaft

Universität Münster mit viel Engagement in Simbabwe aktiv 34

Mehr als 400 Besucher bei DSG-Kunstaussstellung 35

Fambidzanai – Landwirtschaft nach Gottes Plan 36

Holy Honey – Ökologie und Einkommen sind kein Widerspruch 37

Marek Burmeister

Die ASW in Simbabwe – 50 Jahre Solidaritätsarbeit 38

IMPRESSUM 21

LETZTE NACHRICHTEN 39

Simbabwe-Solidarität – Rückblick nach vorn

Bernward Causemann

1989, ich war gerade Geschäftsführer des Zimbabwe Netzwerks geworden und der zehnte Jahrestag der Unabhängigkeit stand quasi vor der Tür. Auf Vorschlag von Konrad Melchers versuchten wir, eine europäische Konferenz der Solidaritätsbewegung mit der Regierung Simbabwes, der „Befreiungsbewegung an der Macht“, zu organisieren. Das Vorhaben scheiterte nicht nur daran, dass wir weder die nötigen Kontakte noch das Geld, sondern auch daran, dass wir keine klaren Vorstellungen hatten, was wir damit erreichen wollten und welche Rolle die Solidaritätsbewegung nach der Unabhängigkeit übernehmen sollte.

Wenn ich mich 30 Jahre später an die Zeit erinnere, dann gab es einige, die selbstironisch mit Revolutionsromantik spielten (das war nicht mein Ding). Es gab andere, die sich mit dem Bildungswesen identifizierten und selber in Simbabwe an Schulen gearbeitet hatten (dem Bildungswesen stand ich bald kritisch gegenüber). Viele waren emotional stark mit dem Land und manchen Menschen verbunden (das war bei mir eher Südafrika). Es gab die allgemeine Vorstellung, dass Simbabwe, die Menschen, vielleicht auch die Regierung, Solidarität verdienten bei dem Versuch, ein gerechteres Simbabwe aufzubauen, und dass wir diese Bindung stärken, die Entwicklungen in Simbabwe besser verstehen und in Deutschland über Simbabwe informieren sollten (hinter all dem stand ich). In dieser Zeit begannen die Frauenseminare, die ich mit großer Freude sah, weil sich hier eine Begegnung zwischen simbabwischen und deutschen Frauen entwickelte, die seither viel getragen hat und jetzt in einen viel intensiveren Kontakt zur simbabwischen Diaspora in Deutschland überleitete (das halte ich für einen wesentlichen Beitrag des Netzwerks).

Aber es gab keine Vorstellung, welche politische Rolle die Solidarität zu Simbabwe spielen sollte. Es gab kein

politisches Projekt. Die Distanz zur Regierung war bei vielen inzwischen groß geworden, und das war wohl ein weiterer Grund, warum aus der Konferenz nichts wurde.

Bei meinem ersten Besuch in Simbabwe 1988 hatte ich vor allem Kritiker getroffen und war der ZANU-PF gegenüber ausgesprochen skeptisch. Ich hatte ein Jahr lang in Südafrika gegen die Apartheid gearbeitet und dort eine Haltung entwickelt, mich nicht voll zu identifizieren, sondern immer ein Stück auf Distanz zu

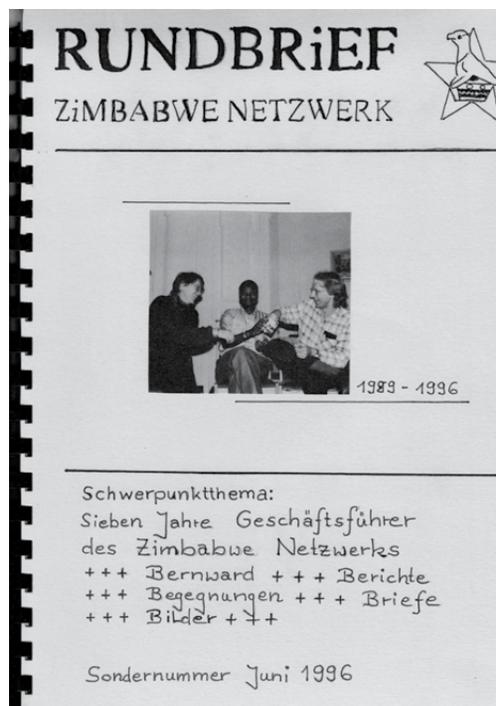
bleiben. So war ich auch skeptisch gegenüber dem simbabwischen Entwicklungsweg. Die Landreform wurde nicht konsequent verfolgt. Die Wirtschaftspolitik war nicht wirklich überzeugend und es gab zu wenig Umverteilung. Überzeugt haben mich nur die Politik der Primary Health Care und der Essential Drugs im Gesundheitswesen und das Konzept des Schutzes durch Nutzung von Wildgebieten. Es gab Partnerbesuche und Seminare, aber das reichte nicht für ein politisches Projekt.

Im Nachhinein fällt auf, dass es in Deutschland keine intensive öffentliche Auseinandersetzung mit der simbabwischen Regierungspolitik gab,

so wie sie seit 30 Jahren zum Beispiel in „Afrika Süd“ zur namibischen Befreiungsbewegung an der Macht geführt wird.

Die Solidaritätsbewegung in der Jetztzeit

Springen wir in die Gegenwart: Ich war in vielen Ländern beratend tätig und habe einige Solidaritätsbewegungen intensiv angeschaut. Auch wenn das meinen Horizont erweitert hat – ich weiß immer noch nicht, wie wir damals im Zimbabwe Netzwerk zu einem politischen Projekt hätten kommen können. Im Verlauf der zunehmenden Krise im Land hat das Zimbabwe Netzwerk in den letzten Jahren die Regierung immer wieder



kritisiert, öffentlich und viel klarer und expliziter als wir das vor 30 Jahren getan haben. Es informiert und trägt zum Dialog mit Simbabwe bei. Das alles halte ich für sinnvolle Formen der Solidarität, aber ich denke, wir hätten noch eine andere Rolle.

Ein kleines Beispiel: Der Leiter einer indischen NGO, der zwei Wochen lang Deutschland besucht hatte, erzählte anschließend, niemand habe ihm erklären können, warum es in Deutschland eigentlich zu diesen massiven Verbrechen der Nazis gekommen sei. Alle Gesprächspartner seien der Frage ausgewichen. Ich will damit sagen: Wir können in der Begegnung lernen und z.B. unsere blinden Flecken erkennen.

Ich denke, diese Chance können wir auch im Kontakt mit Simbawer*innen nutzen. Begegnung bedeutet, dass wir unsere eigenen Perspektiven einbringen, dem Gegenüber Interesse entgegenbringen, seine Sicht schätzen und dann versuchen, Gemeinsames zu lernen.



1990 war die Theatergruppe Iluba Elimnyama zu Gast

In dieser Begegnung profitieren beide Seiten, indem wir unseren Horizont erweitern. Beide Seiten können davon profitieren, dass wir von unseren Erfahrungen und von unseren Irritationen erzählen. Gesellschaften verändern sich, indem sie Impulse von außen verarbeiten und auf ihre eigene Weise integrieren. Dafür müssen wir darstellen, was uns auffällt, was uns wundert und was wir nicht verstehen. Dazu zwei Geschichten:

Der Oppositionsführer

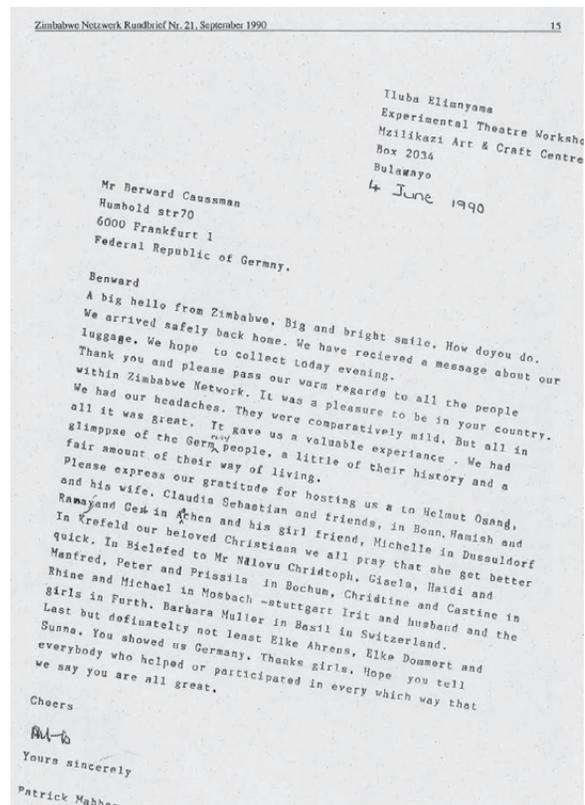
Morgan Tsvangirai traf ich 1991 bei einer Konferenz der Solidaritätsbewegung. Mandela war aus dem Gefängnis entlassen, das Verbot von ANC und UDF aufgehoben, Südafrika im Übergang. Wir diskutierten auch mit Leuten aus den Nachbarländern, wie es weitergehen sollte. Anschließend fuhren wir gemeinsam nach Bonn, Tsvangirai und Reiner Radermacher saßen vorne im Auto. Stundenlang unterhielten sie sich über simbabwische Politik, Reiner kannte sich hervorragend aus und war ihm ein interessanter Gesprächspartner. Anschlie-



Teilnehmerinnen des ZN-Frauenseminars 1992

Bend fuhr ich mit Tsvangirai noch nach Frankfurt. Wir plauderten. Das konnte er, wie alle Politiker. Als Kind ist er mal durch einen Fluss geschwommen und fast von einem Krokodil gefressen worden. Ich war bewegt. Er äußerte sich verärgert darüber, dass nur diejenigen, die im Ausland waren, als Freiheitskämpfer angesehen wurden. Auch im Land hätten sie sich für die Befreiung eingesetzt. Das nahm mich für ihn ein.

De mortui nihil nise bene: Über die Toten nur Gutes, heißt es. Aber Tsvangirai hat eine sehr problematische Rolle gespielt. Er war zwar zentral beim Aufbau der Gewerkschaften und der MDC, aber er hatte nicht das Zeug dazu zu integrieren, die Opposition zusammen-



zuhalten und auch Teilen der Regierungspartei deutlich zu machen, dass sie mit ihm bessere Zukunftschancen hätten als mit Mugabe. Noch todkrank hielt er an der Absicht fest, für die Präsidentschaft zu kandidieren. Ts-vangirai meinte sicher, dass er im Interesse Simbabwes handele. Aber letztlich hat er versagt. Für mich ist er im Nachhinein ein sturer alter Mann, der seinem Land geschadet hat – wie so viele afrikanische Potentaten. Niemand muss meine Einschätzung teilen, aber es könnte sich doch lohnen, über die Verwunderung zu sprechen: Warum kann so einer sich durchsetzen? Warum sind Leute so loyal, wenn die Probleme nicht zu übersehen sind? Das sollte uns irritieren, und wir können darüber in den Dialog kommen.

Das Schulwesen

Mich interessiert, wie Menschen die Welt sehen und wie sich das von meiner Sicht unterscheidet. Zum Beispiel bei einer Buchmesse in Johannesburg 2019. Die Diskussion mit zwei Autor*innen aus Simbabwe machte mir deutlich, dass in Simbabwe Überzeugungen geteilt werden, die auch von Oppositionellen nicht in Frage gestellt werden, bei denen ich aber zweifle, dass sie einer sozial gerechten Entwicklung im Land dienlich sind. Sue Nyathi (Autorin von „Gold Diggers“, siehe ZiF 69) sagte, das Einzige, was sie Positives über Mugabe zu sagen habe, sei, dass er den Bildungssektor so ausgebaut habe. Das ist eine verbreitete Meinung in Simbabwe und scheint mir typisch für das Eigeninteresse der Mittelschicht; denn die Regierung Simbabwes hatte seit 1980 deutlich mehr in die Sekundarschulen und die tertiäre Bildung investiert als in die Primarschulen. So hat die gebildete Mittelschicht dafür gesorgt, dass vor allem für ihre Kinder investiert wird, damit sie in Angestellten-Jobs finden, und der Unterschicht vorgegaukelt, das sei auch für sie ein Weg aus der Armut. Die Unterschicht würde aber viel mehr von einer Investition in Primarschulen profitieren, die relevante Inhalte für die Arbeit auf dem Land und in handwerklichen Berufen bereitstellt. Auch hier muss mir niemand zustimmen, aber ich finde es interessante

Fragen: Für wen ist das Bildungssystem? Was trägt es zur Entwicklung bei? Und warum profitieren die Armen weniger?

Fazit

Dass bestimmte Vorstellungen festgezurr sind und nicht in Frage gestellt werden, ist ausgesprochen hilfreich für Mächtige, die an ihren Interessen festhalten wollen. Der Dialog mit Exil-Simbabwer*innen sollte auch dazu beitragen, dass wir alle unsere Vorstellungswelt erweitern. Es sollte uns irritieren, wir sollten es nicht einfach hinnehmen, wenn Simbabwer*innen in ihrem eigenen Diskurs gefangen sind und bestimmte Voraussetzungen nicht in Frage stellen, so wie die Idealisierung politischer Führer, das unhinterfragte Übernehmen britischer Formen des Parlamentarismus und der Fokus auf ein eher akademisch ausgerichtetes Bildungswesen. Wir können

etwas beitragen, indem wir unsere Erfahrungen und unsere Verwunderung einbringen, um in einen Dialog zu kommen, zum Beispiel die deutsche Erfahrung mit dem Kampf für Transitional Justice, die Aufarbeitung von Verbrechen der Vergangenheit gemeinsam mit Simbabwer*innen reflektieren und sie aus dieser Perspektive neu sehen.

Es versteht sich, dass wir unsere Perspektive nicht schulmeisterlich vortragen dürfen. Es ist ja klar, dass wir es nicht besser wissen, sondern nur anders sehen. Aber warum muss das überhaupt gesagt werden? Trauen wir unserem Gegenüber nicht zu, unsere Perspektive auszuhalten? Vielleicht ist die Angst, besserwisserisch rü-

berzukommen, paternalistischer als es das Einbringen der eigenen Sichtweise ist.

Die Anti-Apartheid-Bewegung ist daran zugrunde gegangen, dass sie nach der Befreiung Südafrikas kein neues politisches Projekt entwickeln konnte. Das Zimbabwe Netzwerk hat in der Solidarität mit den Menschen immer ein Projekt gehabt. Vielleicht können wir ihm mehr Vielfalt geben.

Bernward Causemann war von 1989 bis 1996 Geschäftsführer des Zimbabwe Netzwerk e.V.



Herausforderungen für die demokratische Opposition

Unter dem Titel „Die Nachwahlen im März – Generalprobe für die Wahlen 2023?“ fand im Januar ein Online Policy Dialogue Forum von SAPES (Southern African Political Economy Series) statt, einberufen von Ibbo Mandaza, dem Direktor von SAPES Trust. Einer der Teilnehmer des Panels war Prof. Brian Raftopoulos, Leiter von Research and Advocacy im Ukuthula Trust sowie Senior Research Fellow an der Nelson Mandela School of Public Governance, UCT. Wir geben seinen mündlichen Diskussionsbeitrag leicht gekürzt wieder.

Die Redaktion

Brian Raftopoulos

Wir sehen in Zimbabwe, dass der Kampf um Demokratisierung ein langer Kampf ist, das zeigt sich historisch und global. Es ist deutlich für mich, dass der Staat, das Mnangagwa-Regime, seit dem Coup 2017, in der ganzen Post-Coup Periode, versucht hat die Opposition systematisch zu zerlegen, sogar noch stärker als Mugabe. Dabei gingen sie mit verschiedenen Mitteln vor.

Mit dem Mittel der Justiz entfernten sie 2020 Nelson Chamisa von der Position des Vorsitzenden der MDC-Alliance, deren vorheriger Präsident Morgan Tsvangirai gewesen war, und ermöglichten damit eine alternative MDC-Führung unter Douglas Mwonozora, die für die Mnangagwa-Regierung viel pflegeleichter ist. Sie nahmen der Chamisa-Opposition die Ressourcen weg, ihre Gebäude, ihre Headquarters, ihre staatliche Finanzierung über das Parlament, entfernten Parlamentsabgeordnete und lokale Vertreter*innen, schufen ein Dialogforum, das sehr stark vom Präsidenten kontrolliert wird und dem der Hauptakteur, die Chamisa-Gruppierung, nicht angehört. Dieses Forum ist belanglos und überhaupt nicht in der Lage, einen nationalen Dialog zu bewirken.

Dann die Verschiebung der Nachwahlen, die jetzt im März stattfinden, natürlich die Gewalt gegen die Chamisa-MDC, wenn sie versuchten auf öffentlichen Versammlungen aufzutreten, die Ankündigung des Private Volunteer Organisation (PVO) Amendment Act, der im Kern eine umfang-

sende Kontrolle aller Aktivitäten und Verlautbarungen von Gruppen der Zivilgesellschaft anstrebt. Das alles hat eine klare Botschaft: Für die derzeitige Regierungspartei ist eine Oppositionspartei unter der Führung von Chamisa sehr unbequem, da sie, wie wir gesehen haben, 2018 substantielle Unterstützung erhielt und diese wahrscheinlich auch weiter bekommen kann.

Aber wir wissen, Wahlen waren in der ganzen postkolonialen Zeit immer schon problematisch: der Wahlvorgang, die Registrierung, die Beobachtung, das Zählen und die Gewalt, die alle Wahlen durchgezogen hat – und bis heute ist eines der wichtigsten Mantras der Befreiungsbewegung immer noch nicht umgesetzt: „Ein Mensch, eine Stimme“. Es ist traurig und beschämend, dass Men-



Die Diskussionsreihe des Sapes Trust wird auf Youtube veröffentlicht

schen immer noch um ihr Wahlrecht kämpfen müssen. Ein zentrales Ziel im Befreiungskampf war nicht nur die



Protest gegen Wahlbetrug zum Wahlauftakt und Mugabes 84. Geburtstag 2008

Landfrage, sondern auch die Frage der Menschenrechte und der Wahlen. Das steht immer noch aus und muss von der ehemaligen Befreiungsbewegung erfüllt werden. Die neu entstandene Citizens' Coalition for Change (CCC) wird mit sehr großen Herausforderungen konfrontiert sein. Erst einmal muss man sagen, es ist bemerkenswert, dass sie den massiven Angriff des Staates überhaupt überlebt haben, denn der Staat hat sie mittels der Justiz, mit Gewalt, auch gegen ihre Bündnispartner, angegriffen und er hatte die Unterstützung der SADC, für die bis heute Souveränität und Verbundenheit durch den Befreiungskampf Vorrang vor demokratischen Forderungen hat. Sie müssen daher ihren Kampf auf einem sehr ungünstigen Terrain führen. Das Mnangagwa-Regime benutzt die Frage der Sanktionen als eine Art anti-imperialistische Argumentation, wo wir doch wissen, dass die Sanktionen die Krise nicht verursacht haben, sie verstärkten sie vielleicht, waren aber nicht Ursache der ökonomischen Krise.

Eine der Herausforderungen, vor denen die neue CCC steht, ist, dass die Opposition kritisch betrachtet wird. Warum ist sie an diesen Punkt gekommen? Das liegt nicht nur am Vorgehen des Staates, sondern auch an eigenen internen Fehlentscheidungen, die bis auf die Spaltung der MDC 2005 zurückgehen. Da ging es nicht nur um die Frage des Senats, sondern auch um Fragen der internen Rechenschaftspflicht, ethnische Fragen, Führungsfragen um Morgan Tsvangirai, die den Auftakt

für weitere Spaltungen bildeten, in denen es sich darum drehte, Positionen zu behalten, Jobs zu bekommen. Dabei fiel die Frage von Prinzipien, von Rechenschaftspflicht, von Visionen zunehmend unter den Tisch, wie es in vielen post-kolonialen Staaten der Fall ist, wo sich der Kampf oft um Fragen des Lebensunterhalts dreht.

Staatliche Gewalt statt Demokratisierung

Eine zweite Sache ist, dass die CCC es jetzt in Bezug auf die Bürgerschaft mit einer völlig anderen politischen Ökonomie zu tun hat. Als die MDC Ende der 1990er Jahre gegründet wurde, gab es einen ziemlich großen formalen Sektor, eine recht starke Arbeiterbewegung, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, und es kamen Botschaften aus den NGOs, aus der zivilgesellschaftlichen Bewegung, die die Debatte in den 1990er Jahren tatsächlich anführten, die Debatte um Demokratisierung und Verfassungsmäßigkeit von Regierung. Das veranlasste den Staat nach den Auswirkungen der Fast Track-Landreform und der darauf folgenden Gewalt, dies zurückzudrängen. Und wir sehen die Folgen davon heute.

So wie die Lage heute ist, hat es die CCC mit einer weitgehend informellen Wirtschaft zu tun. 2016 konnte man schon von 80 bis 85 Prozent informeller Ökonomie sprechen. Das hat sehr starke Auswirkungen, da es weniger Organisationsformen ermöglicht. Wir haben unterschiedliche Formen der Organisation im informellen

Sektor auftauchen sehen, wie etwa #this flag und andere Hashtag-Bewegungen Aber wir sehen bei diesen auch eine fehlende organisatorische Nachhaltigkeit, über die die Arbeiterbewegung wiederum verfügt hatte. Heute tut sie das nicht mehr, da der formelle Sektor geschrumpft wurde, was sich auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ausgewirkt hat. Die meisten Beschäftigten im formellen Sektor arbeiten jetzt im öffentlichen Sektor, wo man viele Beschwerden und Streiks sieht. Es ist aber auch ein Bereich, wo der Staat tief in die Gewerkschaften eingedrungen ist. Das ist also eine sehr problematische Angelegenheit.

Neue politische Strategien sind gefragt

Die CCC ist auch mit einer massiven ländlichen Umgestaltung in den Rural Areas konfrontiert, wo wir jetzt viel mehr kleine Farmer haben, eine viel größere Differenzierung innerhalb des ländlichen Sektors. Das heißt, dass man dort unterschiedliche politische Strategien anwenden muss, im Hinblick auf die Beziehungen zu traditionellen Autoritäten, zu Parteien, zum Staat. Und auch in dem, was man zu den verschiedenen Formen der Sicherung des Lebensunterhalts verkündet, die sich in diesen Bereichen herausbilden. Wir haben daher eine massiv umgestaltete politische Ökonomie der Existenzsicherung (livelihood political economy), mit der umzugehen die CCC in der Lage sein muss und wo sie politische Botschaften aussenden muss, die diese Themen aufgreifen können.

Wenn wir zimbabwische Politik im Kontext der Region betrachten, dann sehen wir eine wirkliche Krise: Südafrika ist mit seiner eigenen existentiellen Krise konfrontiert, es geht um das Kapern des Staats, die Verfassungsmäßigkeit der Regierung, die Krise und Kämpfe innerhalb des ANC, um die Zukunft des ANC. Obwohl der ANC Probleme hat, scheint es jedoch keine Alternative zu geben. Südafrika hat also gegenwärtig nicht das Zutrauen, bei der Frage der zimbabwischen Krise die Führung zu übernehmen, wie es dies früher tat (etwa in der Mbeki-Zeit). ... Wir sehen wieder Korruption um sich greifen in Malawi, Sicherheitspolitik in Mosambik aufgrund der Krise in Cabo Delgado. Im breiteren Kontext erscheint die Krise Zimbabwes nicht als so großes Problem wie zum Beispiel die Lage in Mosambik.

Befreiungsbewegungen an der Macht verlassen sich auf Zwang statt Konsens

Was wir aber ganz allgemein in der Region sehen, das sind die Grenzen der Befreiungspolitik, die wir geerbt haben. Die Befreiungsbewegungen haben den Bürger*innen in den 1970er und 80er Jahren so viel angeboten und versprochen. Wir sehen im Kontext postkolonialer Staaten, dass es keine Einzigartigkeit gibt, was den postkolonialen Staat unter Befreiungsbewegungen angeht. Sie zeigen alle die gleichen Tendenzen, was Korruption, Kapern des Staats, Verlass auf Zwang statt Konsens angeht ...



Die Macht der politischen Elite beruht auf dem Militär

Wir sind zunehmend mit einem Staat von früher konfrontiert, einer herrschenden Partei, die in Lager gespalten ist – und das nicht zum ersten Mal. Die Geschichte der ZANU ist gespickt mit internen Streitigkeiten, seit ihrer Gründung Wir haben die postkoloniale Lagerbildung innerhalb der ZANU-PF erlebt, die zum Coup 2017 führte, bei dem es nicht um Demokratisierung ging, sondern um den Transfer der Macht von einem Teil der ZANU-PF zu einem anderen. Für diejenigen, die je glaubten oder auf die Möglichkeiten hofften, dass sich die ZANU-PF durch die neue Ordnung (new dispensation) reformieren würde, wurde diese Hoffnung in der Zeit nach den Wahlen 2018 sehr schnell vertrieben. Wir haben einen Staat, der in weiten Teilen auf einer Kartellbildung der Ökonomie basiert – ob im Bereich Mineralien, Energie oder auf dem Land – und nicht auf der Herausbildung einer breiten Bürgerschaft mit Bezug auf einvernehmliche Themen und Verfassungsmäßigkeit, sondern der zunehmend auf verstärkten Zwang und Ausschluss setzt und auf eine Politik der Souveränität, die dazu genutzt wird, demokratische Rechte zu verweigern.

„... ohne den Staat haben sie nichts“

Wir haben das immer wieder gesehen seit der Muga-Be-Zeit und erleben es jetzt in einer noch intensivierten Form bei einer ZANU-PF, die ideologisch viel unqualifizierter ist als je zuvor. Wir können über die Lagerkämpfe innerhalb der ZANU-PF, zwischen Chiwenga und Mnangagwa spekulieren – da gibt es andere, die dazu besser in der Lage sind –, aber meiner Meinung nach ist es wahrscheinlich, dass sie um der Wahlen willen zusammenhalten werden. Wenn auch nur deshalb, weil für Eliten wie diese der Staat alles bedeutet. Er ist das Zentrum der Akkumulation und ohne den Staat haben sie nichts. Das bedeutet am Staat festzuhalten, an den Vermögen, der Rentabilität, den Zugängen zu rentenstaatlichen Einkünften. Diese Art der Akkumulation ist mit dem Staat verbunden und nicht mit einer produktiven Klasse, welche Distanz zum Staat hat – eine Möglichkeit, die die herrschende Partei beharrlich verhindert hat. Dieser Kampf um den Staat ist also ein Nullsummenspiel für ZANU-PF. Wenn sie einmal aus dem Staat verschwunden sind, dann haben sie wirkliche Probleme. Nicht nur Probleme, was die Akkumulation und ihre privaten Vermögen angeht, sondern auch die historische Rechenschaftspflicht für die ganze Gewalt, die sie den Bürger*innen zugefügt haben. Seit der Zeit von Gukurahundi, der Gewalt bei den Wahlen in den 2000er Jahren, sind alle Dinge ungelöst geblieben und nagen weiter, insbesondere das Gukurahundi-Thema

im Matabeleland. Es ist nicht verschwunden, wird nicht verschwinden und wird eine unentwegte Mahnung bleiben an die Art und Weise, in welcher Form der Staat seine Herrschaft ausgeübt hat, die offen gesagt skandalös war.

Politik mit einer Vision für eine neue Bürgerschaft

Dies, denke ich, ist die Herausforderung, vor denen die neue Partei CCC steht, nicht nur die eines repressiven Staates, die Begrenztheit in der Region, die Grenzen international, sondern auch die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der Fehler, die sie intern gemacht hat. Und davon habe ich bei den Chamisa-Diskussionen noch nicht genug gesehen! Es bedarf einer viel kritischeren Diskussion der eigenen Geschichte, wenn wir uns jenseits einiger dieser Fragen zu einer neuen Art der Politik bewegen wollen, die uns über eine Politik, in der es nur um Beschäftigung und Jobs geht, hinausführt. Eine Politik mit einer Vision, die eine neue Bürgerschaft (citizenry) mit neuen Eigenschaften entstehen lässt, die langfristige Themen angehen kann – nicht nur Umverteilung, sondern auch Demokratisierung. Beide Themen waren zentral im Befreiungskampf, und sie sind gegenwärtig zentral für die Politik in der ganzen Region. In Südafrika zeigt sich das nicht zuletzt an der Anti-Immigrationspolitik, die alle Parteien hier durchzieht, nicht nur den ANC. Diese Art des Populismus gegen Immigration, der die Migrant*innen für alles verantwortlich macht, insbesondere die zimbabwischen Staates berücksichtigt. Und der über die Versäumnisse der Regierungen in der Region hinwegsieht, sich dieser Fragen anzunehmen, was doch Bürger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, NGOs und Oppositionsparteien zwei Jahrzehnte lang gefordert haben! Und ja, ich denke es ist eine riesige Aufgabe, vor der wir stehen, wir haben einen langen Kampf vor uns und ich denke, wir müssen dem ins Auge blicken. Danke.

<https://www.youtube.com/watch?v=AWmerSD8yTg>

(B. Raftopoulos: ab 13' – 31:30')

Moderator des Panels: Arnold Tsunga (Country Director National Democratic Institute).

Weitere Teilnehmende am Panel: Samukeliso Khumalo (Director, Women's Institute for Leadership Development, Zimbabwe) und Trevor Ncube (Chairman Alpha Media Holding).

Transkription und Übersetzung von Gisela Feurle

Gukurahundi – Der Kampf um die Erinnerungskultur

Roland Fett im Gespräch mit Dr. Yemurai Gwatorisa

RF: Dr. Gwatorisa, Sie forschen über den Gukurahundi und halten sich derzeit zum Studium der hiesigen Erinnerungskultur in Deutschland auf. Was können Sie uns über Ihre Arbeit erzählen?

YG: Ich untersuche die Hintergründe und Fakten des Gukurahundi, damit das Wissen für den Fall dokumentiert ist, dass die zimbabwische Regierung einmal eine Aufarbeitung ermöglichen wird. Hier in Deutschland beschäftige ich mich vor allem mit der Frage, was eine Erinnerungskultur zu einer solchen Aufarbeitung beitragen kann. Ich interessiere mich auch für die Erinnerungen von Deutschen, die während der Zeit des Gukurahundi zwischen 1983 und 1987 in Zimbabwe gelebt haben.

RF: Wie sind Sie als Literatur- und Sprachwissenschaftlerin mit dem Thema in Bezug gekommen?

YG: Ein Bruder meines Vaters hat in jener Zeit im Matabeleland gelebt und

so ist der Gukurahundi ein Thema in unserer Familie geblieben. Als Deutschlehrerin habe ich mich auch mit dem Holocaust auseinandergesetzt und ich möchte herausfinden, in welcher Weise die Erfahrungen der Deutschen mit der Aufarbeitung des Holocaust für uns in Zimbabwe nützlich sein können.

RF: Was sind für Sie die wichtigsten Aspekte bei dieser Forschung?

YG: Für mich stehen drei Fragen im Vordergrund: Erstens, welche Ansichten haben Deutsche zum Gukurahundi? Zweitens, inwieweit sind diese Ansichten durch die individuelle sowie kollektive Erinnerung an den Holocaust geprägt? Und drittens suche ich nach Überschneidungen oder Parallelen in der Erinnerung an diese beiden Völkermorde. Ich bin sehr beeindruckt von Aleida Assmanns Werk, die aufzeigt, was mit einer Gesellschaft passiert, wenn sie sich ihrer schmerzhaften Vergangenheit nicht stellt. Und ich habe gelernt, wie wichtig es ist, der Opfer zu gedenken und ihre Leiden zu würdigen, wie wichtig es auch ist, dass die Geschich-

te des Holocaust präsent bleibt, etwa an Schulen und Universitäten, und dass es den 27. Januar gibt als Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust.

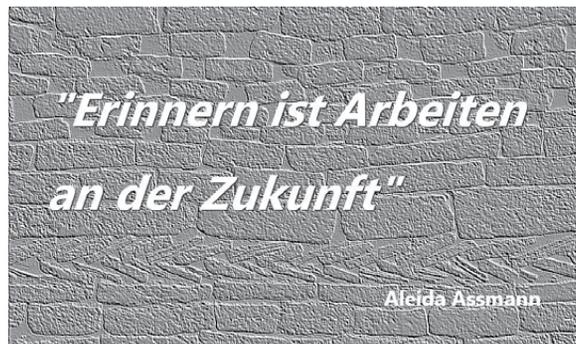
RF: Da ist die Situation in Zimbabwe ja anders, bis heute hat sich für den Gukurahundi keine Regierung verantwortlich gezeigt, die Aufarbeitung wird mit allen Mitteln hinausgezögert. Er ist von den Tätern totgeschwiegen worden und die Opfer wurden stumm gemacht. Wie haben Sie das bei Ihrer Forschung in Zimbabwe wahrgenommen?

YG: In Zimbabwe habe ich das Thema nicht in meine Lehrveranstaltungen an der Universität aufgenommen, weil es ein Tabu ist, darüber zu sprechen. Ich habe keine Interviews geführt, sondern mich auf vorhandene Dokumentationen gestützt. Es gibt doch eine Reihe von schriftlichen und filmischen Dokumentationen der Opfer, gerade auch

von Frauen. Für sie hat es auch eine therapeutische Wirkung, wenn sie eine Plattform bekommen, um über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Ich sehe da eine Parallele zu Deutschland, denn hier war es direkt nach dem Zusammenbruch des Naziregimes auch schwierig, über den Holocaust zu sprechen. Es bedurfte eines Generationswechsels für eine aktive öffentliche Aufarbeitung. In Zimbabwe sind es die Kinder der damaligen Opfer, die jetzt aufstehen und lautstark Aufklärung einfordern.

RF: „Die Räume für das Erinnern sind eng und umkämpft“ – so beschreibt Shari Eppel vom Ukuthula Trust¹ die Situation. Sie bezieht sich zum Beispiel auf die Zerstörung von Mahnmalen durch Sicherheitskräfte. Nun hat es in letzter Zeit ja etwas Bewegung gegeben,



1 Der Ukuthula Trust in Bulawayo hat sich zur Aufgabe gemacht, Gewaltopfer zu rehabilitieren und friedliche Konfliktlösung in den Gemeinden zu fördern. Er bietet Überlebenden des Gukurahundi Beratung und Therapie.



Das Gemälde wurde am 24. Januar an eine Wand des Rathauses in Bulawayo gemalt: das kraftvolle Stück Protestkunst zeigt zwei Vorbilder aus der Geschichte der Shonas und Ndebeles und die Inschrift „Liebe ist größer als Shona und Ndebele, Africans Unite!!!“

die Nationale Friedens- und Versöhnungskommission befasst sich mit dem Gukurahundi und Präsident Mnangagwa hat sich in der Sache auch mit den traditionellen Führern getroffen. Ob dies eine wirkliche Öffnung seitens der Regierung ist, wird im Land sehr kontrovers diskutiert. Wie sehen Sie diese neueren Entwicklungen?

YG: Die Einsetzung der Kommission ist erstmal positiv, sie bringt uns vielleicht einen Schritt weiter. Aber ich muss auch sagen, dass ich noch von keinem konkreten Ergebnis gehört habe – und dies nach fünf Jahren, in denen sie schon tätig ist. Ich verfolge die Arbeit der Kommission recht genau, habe aber schon länger keine Neuigkeiten mehr erfahren. Wir müssen prüfen, ob das nicht einfach nur Symbolpolitik ist. Und es stimmt, dass Aktivisten aufgrund des fehlenden Fortschritts immer wieder ihren Protest äußern. Vor kurzem noch wurden über Nacht Wände kommunaler Gebäude in Bulawayo bemalt und mit Parolen wie „Wir werden den Gukurahundi nicht vergessen“ versehen.

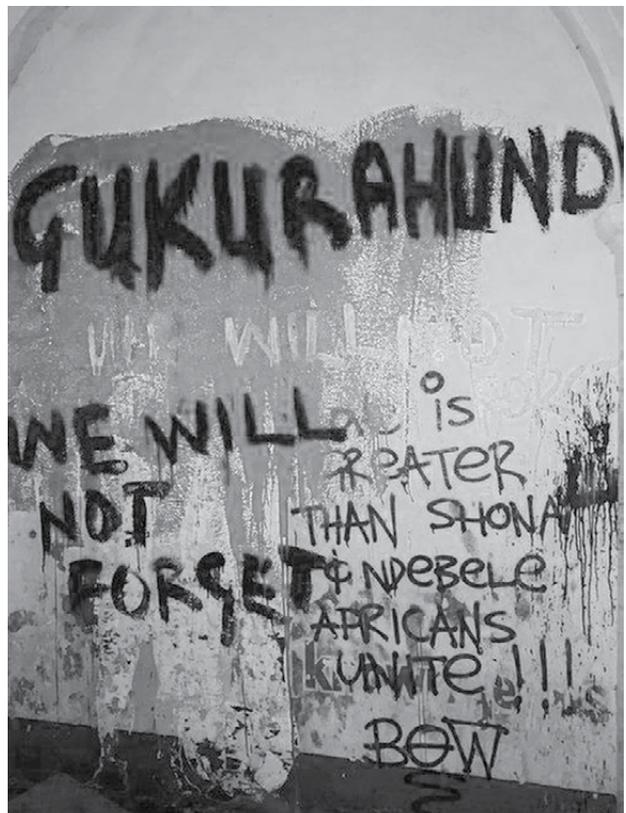
Die Stadtverwaltung hat dieses Wandbild entfernt, und am 25. Januar wurde ein weiteres angebracht: Gukurahundi, wir werden nicht vergessen

RF: Kann man denn da überhaupt von einer Erinnerungskultur sprechen? Und was wäre nötig, um eine solche zu fördern?

YG: Bisher sind es vor allem die Opfer und ihre Unterstützer, die sich für ein Erinnern an den Gukurahundi einsetzen. Die Diskussion ist sehr auf das Matabeleland beschränkt. Was wir bräuchten, ist eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der ganzen Gesellschaft. Wir müssen alle über den Gukurahundi sprechen, vielleicht hören uns dann die Regierung und die damaligen Täter. Das ist der Unterschied zu Deutschland, hier ist der Holocaust nicht nur die Geschichte der Opfer, sondern ganz Deutschlands.

RF: Müssen wir möglicherweise warten, bis die Tätergeneration nicht mehr an der Macht ist, bis sich in Zimbabwe eine Erinnerungskultur entfalten kann?

YG: Der Kampf darum ist in vollem Gange. Nehmen wir nur die Auseinandersetzung um das Mahnmal bei den Massengräbern in Bhalagwe. Betroffene



und Angehörige haben den dort begrabenen Opfern des Gukurahundi ein Denkmal gesetzt. Es wird zerstört, und die Regierung errichtet stattdessen ein Mahnmal, das die Toten dort fälschlicherweise dem Befreiungskampf zuordnet. Es geht darum, wessen Narrativ sich durchsetzt, aber der Widerstand gegen die offizielle Lesart wird größer. Die Menschen wollen Gerechtigkeit und sie wollen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Und sie wollen endlich

mit ihrer Geschichte abschließen können, um wieder nach vorne zu blicken.

RF: Viele jüngere Menschen im Matabeleland scheinen sich aber dieser zimbabwischen Gesellschaft oder der Idee einer zimbabwischen Nation nicht mehr zugehörig zu fühlen. Es gibt sogar Rufe nach einer Separation des Matabelelands.

YG: Ja, das sind ganz problematische Entwicklungen, die nicht allein mit der Geschichte des Gukurahundi zu tun haben. Auch in der Zeit danach bis heute ist das Matabeleland systematisch vernachlässigt worden. Dort gibt es weniger Schulen, weniger Kliniken und weniger Infrastruktur als im Rest des Landes. Viele Menschen haben kein Vertrauen in den Staat, sie vermeiden jeden Kontakt mit öffentlichen Stellen. Zum Beispiel haben viele Personen nicht einmal eine Geburtsurkunde, um sich auszuweisen – und Kinder ohne eine solche Urkunde können nicht in die Schule gehen.

RF: Welche Rolle spielen eigentlich die neuen sozialen Medien im Kampf um eine Erinnerungskultur?

YG: Ich glaube, dass sie eine sehr wichtige Rolle spielen. Viele Menschen tauschen sich auf Twitter oder Facebook aus. Auf Twitter gab es eine richtige Debatte über die Malaktion in Bulawayo. Das sind Plattformen, die die Regierung nicht so einfach kontrollieren kann. Und auf YouTube können die Filmdokumentationen über den Gukurahundi angeschaut werden.

RF: Noch einmal zurück zu Ihrer Forschung zur deutschen Erinnerungskultur. Was sind Aspekte oder Elemente, die Sie als hilfreich für die Diskussion in Zimbabwe empfinden?



Zum dritten Mal zerstörte Gedenktafel für die während des Gukurahundi getöteten Menschen in Bhalagwe

YG: Ganz wichtig erscheint mir, dass es diesen öffentlichen Raum gibt für die Diskussion, für die Auseinandersetzung und auch als therapeutischen Akt für Betroffene, wie Al-eida Assmann es beschrieben hat. Selbstverständlich auch, dass die Verantwortlichen des Holocaust zur Verantwortung gezogen worden sind, das muss in Zimbabwe ebenfalls geschehen. Dafür ist es jedoch notwendig, dass der Gukurahundi ein nationales Thema wird.

Er muss Einlass finden in die Medien, aber auch in die Bildung, Gukurahundi muss Thema werden in Schulen und Universitäten.

RF: Können Sie durch Ihre Arbeit konkret dazu beitragen?

YG: Ja, daran würde ich mich sehr gerne beteiligen, beispielsweise um das Thema in Lehrpläne zu integrieren. Aber ich bin mir bewusst, dass der Gukurahundi ein umstrittenes Thema ist und bleibt, solange die Regierung keine Verantwortung übernimmt und die Diskussion darüber kriminalisiert. Schon häufiger sind Aktivist*innen und Künstler*innen deswegen ins Gefängnis gegangen. Ich bin mir auch bewusst, dass der Gukurahundi eine tiefgreifende ethnische Dimension besitzt. Es geht um die Gräueltaten, die eine Armee aus Angehörigen der Shona der Bevölkerung der Ndebele angetan hat. Da muss ich als Shona in meiner Arbeit mit größter Sensibilität vorgehen.

RF: Da können wir vom „Zimbabwe im Fokus“ Ihnen für Ihre Arbeit nur alles Gute wünschen!



Dr. Yemurai Chikwangura-Gwairisa ist Sprach- und Literaturwissenschaftlerin. Sie arbeitet als Dozentin für deutsche Sprache an der University of Zimbabwe in Harare und hat mit einem DAAD-Stipendium an der RWTH Aachen geforscht.